



Protokoll

35. und 36. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 1. September 2025, 18:00 Uhr bis 23:23 Uhr
Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Weisung 71/2024 des Stadtrates: Revision Ortsplanung, Projekt «Stadtraum Uster 2035», Phase 2, Revision kommunale Richtplanung
- 4 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Ali Özcan (SP), Präsident
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	36 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Jörg Schweiter, Stadtschreiber-Stellvertreter
Entschuldigt	Pascal Sidler, Stadtschreiber
Medien	Marie Fredericq, AvU Erik Hasselberg, AvU

Der Präsident begrüsst die Medienleute und das Publikum auf der Tribüne. Für die Weisung 71/2024 (TOP 3) begrüsse ich zusätzlich Rita Newnam, Stadtplanerin, und Nadine Kaspar, LG-Leiterin Stadtplanung, sowie Manuela Raab, LG-Leiterin Verkehrsplanung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

Stadtweibel Markus Hauser, 20jähriges Dienstjubiläum

Präsident Ali Özcan gratuliert Stadtweibel Markus Hauser, der im August 2025 sein 20. Dienstjahr hat feiern können, und überreicht ein Präsent. (Applaus)

Daniel Schnyder, Heirat

Präsident Ali Özcan gratuliert Ratskollege Daniel Schnyder zur Hochzeit mit seiner Frau Anita Borer am 23. August 2025. Ein Blumenstrauß ist unterwegs. (Applaus)

Ali Özcan, Heirat

Vizepräsident Marco Kranner gratuliert Ratspräsident Ali Özcan zur Hochzeit mit seiner Frau Shenay Cimen-Özcan am 9. August 2025. Ein Blumenstrauß ist unterwegs. (Applaus)

Fraktionserklärungen

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion verliest **Claudia Frei (Grünliberale)** folgende Fraktionserklärung: *Es ist mir bewusst, dass dies nicht der richtige Anlass ist, um noch lange Fraktionserklärungen abzuhalten. Dennoch mussten wir im Nachgang zur letzten Gemeinderatssitzung feststellen, dass offenbar zur Trinkwasserverunreinigung noch nicht alles gesagt ist. Und das Fraktionsvotum unseres Kollegen Urs Lüscher leider ergänzt werden muss.*

Es waren nämlich nicht nur die ganzen Abläufe und Kommunikation während der Trinkwasserverunreinigung unglaublich, unglaublich war ebenfalls, dass sich der zuständige Stadtrat Stefan Feldmann während der ganzen Behandlung dieses Geschäftes nicht einmal geäußert hat.

Der Präsident der KÖS hat sich in seinem Kommissionsreferat dahingehend geäußert, dass die politische Aufarbeitung des Vorfalls zu wenig ernst genommen worden ist.

Unglaublich, dass der Stadtrat genau diese Vermutung in der letzten Gemeinderatssitzung gleich nochmals bestätigt hat. Im Abschlussbericht wurde darauf hingewiesen, dass eine Trennung zwischen dem Stadtratsmandat und dem Verwaltungsratspräsidium nötig und sinnvoll wäre. Unter anderem hierzu wäre eine Stellungnahme des zuständigen Stadtrats Stefan Feldmann absolut zwingend gewesen. Sackschwach! Betrifft es doch genau ihn. Verantwortung übernehmen geht anders!

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion verliest **Marc Thalmann (FDP)** folgende Fraktionserklärung:
Erlauben Sie mir eine kurze Rückblende:

- *April 2021: Stadtrat beschliesst Altersstrategie 2030.*
- *Juli 2021: Die Interpellation 653/2021 der FDP/CVP-Fraktion «HEIME USTER, DESOLATE AUS-SICHTEN FÜR DIESES UND DIE FOLGENDEN JAHRE» wird eingereicht – Der Stadtrat schliesst in seiner Antwort im September 2021 eine Privatisierung/Rechtsformänderung aus.*
- *Dezember 2021: Budget 2022 – Die Heime erwarten einen hohen Verlust, FDP/Die Mitte-Fraktion weist darauf hin, dass die eingeleiteten Massnahmen kaum genügen werden.*
- *Mai 2022: POSTULAT 501/2022 VON ANDREA GROB (FDP), JÜRIG KRAUER (FDP) UND GIAN-LUCA DI MODI-CA (FDP) OPERATIVE UMSETZUNG DER ALTERSSTRATEGIE «AMBULANT VOR STATIONÄR» – Der Stadtrat ist überzeugt, die richtigen Massnahmen eingeleitet zu haben, um das Problem anpacken zu können.*
- *Dezember 2022: Budget 2023 – Die Heime sind weiter in der dunkelroten Verlustzone. Die FDP/Die Mitte-Fraktion weist erneut auf das Sorgenkind Heime hin und verlangt vom Stadtrat, seine Entscheide nach klaren ökonomischen Massstäben zu fällen und nicht aufgrund der Haltung „weiter wie bisher“.*
- *August 2023: Angebots- und Immobilienstrategie der Heime Uster fertiggestellt – Haltung des Stadtrats „weiter wie bisher“.*

- *Dezember 2023: Budget 2024 – das rot bei den Heimen dunkelt noch weiter ein. Die FDP/Die Mitte-Fraktion hält fest, dass sie die Strategie als mutlos und wenig zukunftsorientiert erachtet.*
- *Dezember 2024: Budget 2025 – die FDP bemängelt das Festhalten an der Strategie hinsichtlich des hohen Drucks auf die Investitionsrechnung und stellt einen Kürzungsantrag zum Planungskredit, der jedoch im Rat abgelehnt wird.*
- *August 2025: Der Stadtrat lässt verlauten, dass er die Handlungsoptionen für die strategische Entwicklung der Heime nun doch überprüfen wird und dabei auch eine Ausgliederung in den Prüfumfang einschliesst. Die Frage ist nur, ob der bewilligte Kredit von 200'000 Franken bereits für die strategische Planung auf der alten Basis verbraucht worden ist, oder nun für die Überprüfung eingesetzt werden soll.*

Im Sinne des steten Tropfens war es vier Jahre lang die FDP/Die Mitte-Fraktion – als einzige Fraktion – die wiederholt das Problemfeld Heime angesprochen hat. Endlich hat auch der Stadtrat die offensichtliche Lage erkannt. Wir hoffen nun, dass die Strategieüberprüfung diesmal ergebnisoffen und ohne politische Scheuklappen geführt wird. Wir bleiben dran.

Persönliche Erklärungen

Daniel Schnyder (SVP) verliest folgende Erklärung: *Ich möchte heute eine persönliche Erklärung abgeben – nicht nur als Gemeinderat, sondern auch als Präsident der SVP Uster und verantwortlicher Standbetreiber am Stadtfest.*

Wir betreiben einen bescheidenen Stand von 6 Meter auf 6 Meter, mit einem kleinen Zelt, einigen Festbänken, Stehtischen, einem Barbetrieb und Raclette. Eigentlich eine schöne Aufgabe. In der Realität aber ist es für uns – wie für viele andere Vereine – eine Herkulesaufgabe.

Wir wurden mit rund zwanzig Formularen voller Vorschriften und Regulatorien konfrontiert, die uns als Vorgaben zugeschickt wurden und die wiederum auf weitere Reglemente verweisen. Für Vereine, die dies mit Freiwilligenarbeit stemmen und nicht täglich Veranstaltungen organisieren, ist das eine Zumutung.

Ein Beispiel: Kühlwagen und Kühlschränke dürfen nur bei der Brauerei Uster bestellt werden.

Gleichzeitig ist es verboten, darin Lebensmittel zu lagern – was für einen Raclette-Stand schlicht widersinnig ist.

Ein weiteres Beispiel: Es ist verboten, am eigenen Stand das Usterbräu Original in Flaschen auszugeben – selbst wenn wir garantieren, dass diese Flaschen unseren Standbereich nicht verlassen.

Wir sind gezwungen, Büchsen auszugeben. Sind Büchsen jetzt wieder ökologischer als Glasflaschen? Besonders widersprüchlich wirkt diese Handhabung, wenn man bedenkt, dass die Stadtverwaltung erst kürzlich aus ökologischen Gründen vollständig auf Glas umgestellt hat. Und beim vielzitierten Musterschüler in Sachen Ökologie, am VIP-Anlass des H2U Openairs Uster, wurde das Bier in Glasflaschen ausgegeben – bei einem Konzept, das unserem Stand sehr ähnlich ist.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen, die zeigen, wie schwerfällig und widersprüchlich die Auflagen inzwischen geworden sind. Empfehlungen – wie das Vermeiden von Glas – werden kurzerhand zu strikten Vorgaben erklärt.

Das Stadtfest steht unter dem Motto «Mir sind Uschter». Meine Frage ist: Ist dieses Motto positiv gemeint – im Sinne von «Wir alle gehören zu Uster»? Oder heisst es vielmehr «Wir sind Uster und wir sagen, wo es langgeht»?

So gesehen bin ich ehrlich gesagt entspannter, das SVP-Schiessen Ende September mit rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu organisieren. Dort dürfen wir das Usterbräu Original in Flaschen ausschenken – und haben es zwar auch mit Vorgaben der Stadt zu tun, aber solange wir nicht den öffentlichen Grund benutzen, bleiben diese Vorschriften wenigstens überschaubar.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderates vom 7. Juli 2025 ist am 19. August 2025 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

3 Weisung 71/2024 des Stadtrates: Revision Ortsplanung, Projekt «Stadtraum Uster 2035», Phase 2, Revision kommunale Richtplanung

Präsident Ali Özcan (SP): Die Geschäftsleitung (GL) hat im Einvernehmen mit der Kommission Planung Bau (KPB) und dem Stadtrat folgendes Vorgehen für die Beratung der Weisung 71/2025 beschlossen:

Die Verhandlungen über die Weisung 71/2024 sind zu strukturieren, damit es im Plenum nicht de facto zu einer Kommissionssitzung kommt. Gemeinderat und Stadtrat sowie die Medien haben dazu am Mittwoch, 2. Juli 2025 eine Übersicht über alle Anträge der KPB – inklusive Minderheitsanträgen – erhalten.

Hauptantrag ist der Antrag der KPB (Art. 75 Abs. 2 Org Erl GR).

Im Teilantrag «Siedlung» ist auf Seite 19 der Antrag 19 von SVP/FDP zu Gunsten von Antrag 2000 Balthasar Thalman (SP) auf Seite 20 hinfällig geworden.

Im Teilantrag «Öffentliche Bauten und Anlagen» wird der Antrag 155 SVP/FDP auf Seite 25 hinfällig, sofern der Antrag 4000 Ursula Räuftlin (Grünliberale) auf Seite 27 (Wertstoffsammelstelle) angenommen werden sollte.

Gemeinderat und Stadtrat haben am 27. August 2025 einen Antrag von Simon Vlk (FDP) und einen Antrag von Markus Zoller (SVP) erhalten.

Der Antrag 800 von Markus Zoller wird im Teilrichtplan «öffentliche Bauten und Anlagen» nach Bereinigung der Anträge unter Ziffer 3.8 Sportanlage Buchholz und Ziffer 3.9 Heusser-Staub-Wiese behandelt.

Der Antrag 900 Simon Vlk wird im Teilrichtplan «öffentliche Bauten und Anlagen» unter Ziffer 3.10 Diverses – am Schluss – behandelt.

Die Aufteilung zu den einzelnen Themen sieht wie folgt aus:

- a) allgemein: eine beschlossene Änderung (Stadtrat schliesst sich dieser Änderung an);
- b) Siedlung: 39 beschlossene Änderungen (mit Beilage zum Antrag 26a) und 23 Minderheitsanträge (Stadtrat schliesst sich 24 Änderungen an);
- c) Landschaft: 20 beschlossene Änderungen und 12 Minderheitsanträge (Stadtrat schliesst sich 7 Änderungen an);
- d) Öffentliche Bauten und Anlagen (öBA): 25 beschlossene Änderungen und 4 Minderheitsanträge (Stadtrat schliesst sich 13 Änderungen an);
- e) Mobilität: 62 beschlossene Änderungen und 44 Minderheitsanträge (Stadtrat schliesst sich 34 Änderungen an).

In der heutigen Ratsdebatte – bei Bedarf auch noch in der Ratsitzung vom 22. September 2025 – sind Abstimmungen über diejenigen von der KPB beschlossenen Änderungen nötig, denen sich der Stadtrat nicht anschliesst sowie über diejenigen, zu denen ein Minderheitsantrag gestellt worden ist. Insgesamt betrifft dies 97 Änderungsanträge.

Änderungsanträge von Fraktionen und Gemeinderatsmitgliedern sind in der Regel vor der Ratsitzung schriftlich dem Präsidenten einzureichen; diese sind den Mitgliedern von Gemeinderat und Stadtrat zugänglich zu machen (Art. 62 Abs. 2 OrgErl GR). Weitere Anträge sind nicht eingereicht worden.

In der Eintretensdebatte sprechen der Referent der KPB, die Vertretungen der Fraktionen, die übrigen Ratsmitglieder und für den Stadtrat der Abteilungsvorsteher Bau. Die Redezeit für den Kommissionsreferenten beträgt 10 Minuten und für die übrigen Ratsmitglieder sowie für den Stadtrat 5 Minuten (Art. 68 Abs. 1 OrgErl GR).

Wird Eintreten beschlossen, so sprechen in der Detailberatung nur die Mitglieder der KPB und der Abteilungsvorsteher Bau in der Reihenfolge gemäss Eintretensdebatte. Bei den Unterziffern gemäss Übersicht spricht nur die Referentin oder der Referent der KPB und ein Mitglied der KPB für einen Minderheitsantrag, eventuell nur für Minderheitsanträge.

Bei allen Teilrichtplänen gibt es am Schluss jeweils einen Abschnitt «Diverses». Diese Anträge werden jeweils einzeln beraten.

Der Abteilungsvorsteher Bau kann sich für den Stadtrat jederzeit zu Wort melden (§ 36 Abs. 3 Gemeindegesetz [GG]). Das Antrags- und Rederecht der Ratsmitglieder bleibt davon unberührt.

A. Eintretensdebatte

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert **Balthasar Thalmann (SP)**: *Was wir heute beschliessen, wird Uster in den nächsten 10 bis 20 Jahren und weit darüber hinaus prägen. Der kommunale Richtplan ist der Wegweiser, wie sich Uster räumlich entwickeln soll. Heute stellen wir die Richtung dieses Wegweisers und schreiben darauf, wohin es gehen soll.*

Wenn der Wegweiser gestellt ist, sind wir aber noch nicht am Ziel. Der Richtplan ist nur - aber immerhin - behördenverbindlich. Zuerst muss man also noch den Weg gehen. Die konkrete Umsetzung des Richtplans geschieht in unterschiedlicher Art und Weise.

- 1. Mit der Nutzungsplanung: im Zonenplan und den dazugehörenden Vorschriften wird grundeigentümergebunden umgesetzt, was im Richtplan steht. Also beispielsweise wie dicht gebaut werden darf und für welche Nutzungen; weiter enthält die Nutzungsplanung Vorschriften zur Umgebungsgestaltung oder zur Parkierung. Das alles ist für die Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sehr relevant.*
- 2. Wird der Richtplan mittels Baulinien umgesetzt: mit Baulinien kann die Stadt Uster den Raum für Strassen und Wege sichern. Das Gebiet, das zwischen den Baulinien liegt, ist dann für diesen Zweck reserviert.*
- 3. Mittels konkreter Projekte wie zum Beispiel dem Bau einer zusätzlichen Sporthalle im Buchholz. Da es um den ganzen Raum geht, ist der Richtplan auch umfassend. Der Richtplantext umfasst 173 Seiten und ist in die Teile Siedlung, Landschaft, Mobilität und Öffentliche Bauten und Anlagen unterteilt. Es gehören weiter 7 Karten sowie zahlreiche erläuternde Berichte dazu. Nach kantonalem Recht müssten wir nur einen Verkehrsrichtplan haben.*

Mit einem Richtplan aber, der alle Themen umfasst, wird eine Klammer über den ganzen Raum gemacht. Dies mit dem Vorteil, dass erstens die gesamte räumliche Entwicklung bereits auf Richtplanstufe aufeinander abgestimmt wird und zweitens, dass schon auf dieser Ebene über die grundsätzlichen Stossrichtungen entschieden wird. Dies, bevor man alle Details ausarbeitet.

Der kommunale Richtplan ist für Uster nicht neu. Mit dem heutigen Beschluss ersetzen wir den geltenden Gesamtplan aus dem Jahre 1986 sowie alle Teilrevisionen, die wir seither beschlossen haben. Diese Neuauflage des Richtplans ist die 2. Phase des Projekts Stadtraum 2035. Die erste Phase war die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts, über das wir im Gemeinderat am 27. Januar 2020 diskutiert haben, bzw. am 17. Mai 2021 über den dazu gehörenden Ergänzungsbericht.

Der Richtplan lag vom 2. November 2022 bis am 3. Januar 2023 öffentlich auf. Insgesamt sind von Privaten und von Organisationen 202 Einwendungen mit 2745 Anträgen eingegangen. Ebenso haben 2 Nachbargemeinden und die RZO zum aufgelegten Entwurf Stellung genommen.

Unser Richtplan muss vom Kanton genehmigt werden. Deshalb fanden schon 2 Vorprüfungen statt. Der Kanton hat geprüft, ob der Richtplan den gesetzlichen Vorgaben und den Vorgaben des regionalen und des kantonalen Richtplans entspricht.

Die KPB hat den Richtplan an insgesamt 13 Sitzungen beraten, davon waren 6 ganztägige Sitzungen. In der KPB wurden über 200 Änderungsanträge beraten. Das zeigt drei Sachen: 1. wie umfassend und vielfältig der Richtplan ist; 2. wie einzelne Themen und Stossrichtungen je nach politischer Würdigung so oder so gesehen werden und 3. wie detailliert sich die KPB mit dem Werk auseinandergesetzt hat.

Rund ein Drittel der Anträge wurden während den Beratungen zurückgezogen. Die KPB hat mit 147 angenommenen Anträgen die Vorlage des Stadtrates verändert. Über diese müssen wir heute nur abstimmen, wenn entweder ein Minderheitsantrag gestellt wurde oder wenn sich der Stadtrat der Mehrheit der KPB nicht angeschlossen hat.

Ich kann Ihnen versichern, dass jedes einzelne KPB-Mitglied im Laufe der Beratungen nicht nur Uster besser kennengelernt hat, sondern kennt nun auch jede Variante, wie man im politischen Kontext mit Anträgen umgehen kann: stellen, zurückziehen, wiedererwägen, abändern, Minderheitsantrag stellen, etc.

Ich verschone Sie, nun zu jedem Antrag die Diskussion und das Ergebnis der Detailabstimmungen in der KPB zu erläutern. Die KPB hat am Ende die geänderte Vorlage einstimmig angenommen. All die Details können Sie den Dokumenten mit den Anträgen entnehmen, die im Geschäft zu dieser Weisung als P_KPB_20250623_Antrag... bezeichnet sind.

Ich versuche Ihnen, anhand einer Auswahl der grösseren Themen, die in der KPB diskutiert wurden, die Vorlage etwas näher zu bringen.

Siedlung: Im Teil Siedlung hat das Kapitel Klima zu grösseren Diskussionen geführt. Festlegungen zur Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen und Detailbestimmungen fanden keinen Anklang. Ein Antrag im Sinne eines Kompromisses wurde einstimmig angenommen. Dieser fokussiert sich auf Aussagen zu Städtebau und Aussenraumgestaltung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel.

In der KPB war man sich einig, dass man in den gut mit ÖV erschlossenen Lagen, namentlich um den Bahnhof Uster, höhere bauliche Dichten zulassen möchte. Eine bauliche Verdichtung muss jedoch im Einklang stehen mit dem ISOS, dem Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz. Es wurde daher vertieft abgeklärt, inwieweit rund um den Bahnhof Uster eine höhere bauliche Dichte als vom Stadtrat vorgeschlagen möglich ist. Daraus entstand ein Änderungsantrag.

Ebenfalls höhere bauliche Dichten werden für Arbeitsplatzgebiete gefordert. Dies, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass in Uster mehr Arbeitsplätze in Industrie und Gewerbe entstehen können. Nicht ganz einig war man sich in der Kommission, wie weit Festlegungen zum Schutz und zur weitergehenden Förderung von Arbeitsnutzungen gemacht werden sollen.

Viel Diskussion hat es um das Thema preisgünstiges Wohnen gegeben. Die einen wollten weniger Festlegungen, die anderen mehr zu diesem Thema. Mehrheiten fand ein Antrag, der verlangt, dass bei Aufzonungen in Gebieten mit mittlerer bis sehr hoher Dichte in der Regel ein Anteil preisgünstiger oder gemeinnütziger Wohnungen vorgesehen wird. Zu diesem Thema werden wir wohl in den Fraktionsreferaten noch mehr hören.

Das Kapitel Landschaft war wenig umstritten. In der Kommission fanden Änderungen eine Mehrheit, die weniger Vorgaben zu ökologischen Aufwertungen und zur grünen Gestaltung der Stadt möchten.

Mobilität: Umstritten war im Teil Mobilität die Frage, welchen Stellenwert der Fuss- und Veloverkehr bzw. der motorisierte Individualverkehr haben soll. Ebenso, welche Vorgaben hinsichtlich Parkierung gemacht werden sollen. In der KPB fanden Anträge eine Mehrheit, die die Streichung von eher restriktiveren Vorgaben verlangten.

Die Kommission hat die Absicht des Stadtrates abgeschwächt, welche in den Wohnquartieren mehr oder weniger flächendeckend Tempo 30 vorgesehen hatte.

Viel zu diskutieren gab die künftige Ausgestaltung des Velowegnetzes. Die grösste Änderung in diesem Zusammenhang ist die, dass die KPB ein Netz für Velokomfortrouten festlegen möchte, über das der Stadtrat erst im Nachgang zum Beschluss über den Richtplan entschieden hatte.

Und zu guter Letzt war eine grosse Diskussion, inwieweit Querungsmöglichkeiten der Bahngleise insbesondere im Gebiet des Bahnhofs Uster vorgesehen werden sollen.

Öffentliche Bauten und Anlagen: Im Kapitel öffentliche Bauten und Anlagen dominierte die Diskussion um die künftigen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Sportanlagen im Buchholz. Eine grosse Mehrheit wünscht sich, dass im Buchholz zusätzliche Sportinfrastrukturen realisiert werden können.

Die Zukunft der Heusser-Staub-Wiese steht ebenfalls zur Diskussion. Die KPB beantragt, dass es nicht eine Allmend-Nutzung geben soll, sondern eine polysportiv nutzbare Fläche. Zu diesem Thema werden wir in der heutigen Diskussion sicherlich noch mehr hören.

Soweit die ausführliche Kurzzusammenfassung des Geschäfts und der KPB-Beratung. Wie gesagt beantragt Ihnen die KPB einstimmig die Annahme der geänderten Weisung.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Ulrich Schmid (SVP)**: *Viel wurde gearbeitet, gesessen, besprochen, abgeklärt und auch diskutiert. Das Werk «Neuer Richtplan für Uster» liegt mit all seinen Ausprägungen vor uns. Darüber sind wir sehr froh und auch glücklich, alles in allem ist es ein gutes Werk, meine Hochachtung für die Schafferinnen und Schaffer! So viele verschiedene Vorgaben, Vorschriften und Meinungen in ein Gesamtwerk zu bringen, ist absolut kein Pappenstiel und braucht Geduld, Nerven, Kraft und auch eine Portion Optimismus.*

Während vielen Kommissionsstunden wurde im Vorfeld zur heutigen Sitzung gefeilscht, verhandelt, gestritten, abgeklärt, richtiggestellt und dies von sehr wegweisenden Themen wie zum Beispiel Tempo 30 bis hin zum korrekten «Froschquerungsweg» im Raum Riedikon. Sie sehen also, wir haben uns sehr aktiv mit allen zu einem Richtplan dazugehörenden Themen befasst. Sogar Kommas wurden korrigiert!

Viele Ergänzungen und auch Korrekturen durch die Kommission KPB wurden, da entweder Einstimmigkeit vorlag oder der Stadtrat einem Mehrheitsentscheid der Kommission gefolgt ist, bereits angenommen. Bei wenigen Themen und doch sind es noch ca. an die 80 Anträge dazu, wurden Minderheitsanträge gestellt, diese kommen nun in den nächsten Stunden zur Sprache oder man kann auch sagen, zur Verhandlung.

Aus Sicht der SVP/EDU-Fraktion stehen wir heute vor einer günstigen respektive guten Ausgangslage. Es gilt nun auch für die noch offenen Themen/Anträge eine für die gesamte Bevölkerung von Uster akzeptable Lösung zu finden. Wie sie wahrscheinlich in der Samstagsausgabe des AvU gelesen haben (es wurde im Vorfeld der heutigen Sitzung durch Erik Hasselberg ein Interview mit mir geführt) können wir, und da meine ich insbesondere alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, nur gemeinsam für die Ustermer-Bevölkerung das Beste herausholen. Wir von unserer Fraktion bieten Hand dazu. Dass dabei natürlich jede Fraktion gewisse Vorstellungen und Grenzen hat, versteht sich von selbst.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion wollen generell nicht zu viele Einschränkungen und Vorschriften oder nur da, wo es wirklich notwendig ist. Wir wollen eine für alle funktionierende Mobilität und diesbezüglich keine Extreme. Wir wollen ein funktionierendes Gewerbe und auch eine funktionierende Landwirtschaft mit all ihren Ausprägungen. Auch wollen wir keine weiteren und zusätzliche neue Kosten für Uster. Luxus-Lösungen sind uns fern, denn schon immer konnte man ohne Veloschnellweg durch Uster fahren. Denn auch ein Veloschnellweg würde wieder Kulturland, wenn auch nur wenig, vernichten. Geschweige die Kühlung der Stadt verhindern. Handbieten werden wir generell bei Prüfungen, denn nur durch Prüfungen kommt man dem genauen Sachverhalt näher.

In den nächsten Sunden liegt es nun an uns Gemeinderäten gemeinsam und abschliessend Lösungen zu finden, damit der neue Richtplan umgesetzt werden kann. Ein NEIN zum neuen Richtplan oder sogar ein Referendum wäre fatal und würde uns wahrscheinlich um Jahre zurückwerfen. Eine sinnvolle und gute Weiterentwicklung für die Stadt Uster resp. für das Zusammenleben wäre somit vorderhand vertan.

Für die SP-Fraktion referiert **Andres Kronenberg (SP)**: Im Namen der SP-Fraktion danke ich den Mitgliedern der KPB, dem Stadtrat und der Verwaltung für die meist konstruktiven Sitzungen.

Wir konnten den Richtplan in vielen Bereichen verbessern und breiter abstützen und damit – hoffentlich – die Akzeptanz in der Bevölkerung deutlich erhöhen.

Ich werde kurz einige Punkte nennen, in welchen wir diese positive Entwicklung erleben durften. Danach werde ich auf die Punkte eingehen, in denen es Differenzen gibt und die Position der SP-Fraktion erläutern.

Einigkeit oder eine grosse Mehrheit erreichten wir:

- Aufzonungen in verschiedenen Gebieten der Stadt
- Erhalt und Schaffung von Platz für Gewerbe und Arbeitsplätzen
- Erhalt der Landihalle
- Ausbau der Sportinfrastruktur im Buchholz
- Massnahmen zur Klima-Resilienz, also zum Schutz vor Überhitzung aufgrund des Klimawandels
- Langfristiger Rückbau des Gasnetzes

Für die SP-Fraktionen sind folgende Punkte wichtig:

- Das steigende Bedürfnis nach Mobilität soll durch Langsamverkehr und öffentlichen Verkehr gedeckt werden. Der motorisierte Verkehr kann nicht mit der Bevölkerung wachsen, dafür fehlt uns der Platz. Wie vom Stadtrat vorgesehen, soll die Entwicklung des motorisierten Verkehrs daher «angebotsorientiert» erfolgen. Die Kapazität des Strassennetzes für den MIV wird gegenüber 2020 nicht erhöht.
- In Quartieren hat sich Tempo 30 bewährt, dieses Tempo kann daher auf Quartierstrassen generell gelten. Für Sammelstrassen und Hauptstrassen unterstützen wir, dass im Richtplan keine Vorgaben gemacht werden.
- Der Verkehr soll fließen, sowohl der motorisierte wie auch der Veloverkehr. Dazu braucht es im Zentrum einige Einbahnstrassen, welche eine bessere Trennung der Verkehrsteilnehmer:innen zulässt. Damit wird die Sicherheit und der Verkehrsfluss verbessert. Dies kommt zum Beispiel an der Gschwaderstrasse zur Debatte.
Der Zugang mit Schwerverkehr soll garantiert werden, aber nicht unbedingt doppelspurig, dafür fehlt – einmal mehr – einfach der Platz.

- Zur Moosackerstrasse. Der Kanton Zürich ist aktuell mit einem Variantenstudium daran Möglichkeiten aufzuzeigen, wie das Zentrum Usters entlastet werden kann. Der Bau der Moosackerstrasse ist dabei nur eine Variante. Daher soll der Richtplan Ergebnisunabhängig formuliert sein und mit Moosackerstrasse oder anderen Variante funktionieren.
- Zum Busangebot: Mit der Angebotserweiterung der S-Bahn sollen auch die Busse in Uster mitziehen und ihren Takt anpassen.

Für die Grünliberale/EVP referiert **Ursula Räuftlin (Grünliberale)**: Nachdem Uster bisher nur eine Richtplan Verkehr hatte, unterbreitete der Stadtrat dem Gemeinderat ein äusserst umfassendes Dokument, mit dem die Stossrichtungen des STEK hätten umgesetzt werden sollen. Von der Vision des STEKs, bei dem das Augenmerk wirklich noch auf die Stadtentwicklung bzw. eben Weiterentwicklung gelegen war, ist in der Umsetzung in den Richtplan leider etliches auf der Strecke geblieben.

Mit einigen von unserer Fraktion eingebrachten oder mitgetragenen Änderungsanträgen wurde zumindest versucht, einige Ideen aus dem STEK auch wieder in den Richtplan hineinzubringen. Insbesondere die Ideen zum öffentlichen Verkehr bilden eher den Status Quo ab, anstatt die Stossrichtung von «Uster steigt um» aufzunehmen. Von einem urbanen Busnetz ist im Antrag des Stadtrates nichts mehr zu lesen. Wir fordern deshalb mit einem unserer Anträge, dass sich der Stadtrat im Rahmen seiner Möglichkeiten für einen ca. 7-Minuten -Takt einsetzen wird. Auch bei den Veloverbindungen gilt es in einigen Punkten noch nachzubessern, um «Uster steigt um» zu forcieren. Daneben gibt es für unsere Fraktion noch weitere Anliegen, die uns wichtig sind und für die wir deshalb in der Kommission eingestanden sind und uns auch heute Abend einsetzen werden. Wir haben uns für weiteren Verdichtungen an zentraler Lage und auch für die Förderung und Schaffung von Arbeitsplätzonen ausgesprochen. So sollen in den historischen Industriearealen weiterhin Arbeitsplätze erhalten und das Wohnen nur beschränkt zugelassen werden. Wichtig ist uns das fussgängerfreundliche, attraktive Zentrum in der Stadt Uster. Es wird erwiesenermassen mehr konsumiert, wenn das Umfeld attraktiv ist und zum Verweilen einlädt. Wir stehen auch für den Sport ein und möchten deshalb die Heusser-Staub-Wiese für den Fussball erhalten und die Spiel- und Sportwiese Stapfer in Wermatswil erweitern. Und natürlich ist uns auch die Begrünung der Stadt wichtig als Massnahmen gegen die zunehmende Erhitzung der Siedlungsgebiete.

Von den ca. 250 Anträgen aus den Fraktionen werden wir heute Abend über ca. 100 befinden müssen. Dass so viele Anträge bereits in der Kommission bereinigt werden konnten und bei etlichen knapp abgestimmten Anträgen heute keine Minderheitsanträge gestellt werden, zeigt, dass die eher links-grün- orientierte Minderheit in der KPB durchaus auch bereit ist, mit der rechts-bürgerlichen Mehrheit Kompromisse einzugehen. Bei etlichen Anträgen konnten in der Kommission sogar solche Kompromisse geschmiedet werden die anschliessend zu einstimmigen Änderungen im Richtplan geführt haben, die dann vom Stadtrat übernommen wurden. Dies zeigt, wie intensiv und sorgfältig sich die Kommission mit der Thematik Richtplan auseinandergesetzt hat.

Der gesamte Prozess von der öffentlichen Auflage im Herbst 2022 bis nun zur heutigen Behandlung im Gemeinderat hat beinahe drei Jahre gedauert. Eine lange Zeit, während der sich doch etliches in Uster bereits verändert hat. Vor allem bei den öffentlichen Bauten und Anlagen musste von der Kommission einige Festlegungen des Stadtrates an die neuen Begebenheiten angepasst werden. So konnten im Richtplan bereits die neuen Standorte für das städtische Archiv, endlich weg von der unteren Farb, das Familienzentrum, endlich in eine Liegenschaft mit attraktivem Aussenraum, eingetragen werden. Auch der vom Stadtrat gewünschte Standort der Wertstoffsammelstelle in der Loren muss nach dem klaren Ergebnis der Volksabstimmung aus dem Plan gelöscht werden. Dies alles zeigt, dass Planung eben nicht statisch ist, sondern ein rollender Prozess. Künftig werden wir bzw. unsere nachkommenden Gemeinderäte sich in kürzeren Abständen mit den raumplanerischen Fragestellungen beschäftigen müssen. Jedenfalls wird man bis zur nächsten Revision nicht wieder fast 40 Jahre verstreichen lassen können.

Nach so langer Behandlungszeit muss der Richtplan ins Trockene gebracht werden. Unser Augenmerk muss heute Abend auf dieses Ziel gerichtet sein, einen ausgewogene mehrheitsfähige Richtplan festzusetzen.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Jürg Krauer (FDP)**: *Am 21. Oktober 2024 stand ich bereits hier an diesem Rednerpult und habe mich in einer Fraktionserklärung über die stadträtliche Version des Richtplans geärgert. Der Ärger über die Unverfrorenheit des Stadtrates ist noch nicht verfliegen und trotzdem stehe ich heute, nach unzähligen Sitzungen der KPB, mit Freude hier. Freude darüber, dass wir in der Kommission einen Richtplan erarbeiten konnten, dem wir bürgerlichen Kommissionsmitglieder am Ende zustimmen konnten – wenn auch mit grossen Vorbehalten. Diese Zustimmung war keineswegs selbstverständlich. Wir haben intensiv und lange diskutiert, die Zusatzschleife im Frühling war dafür unabdingbar. Am Ende konnten wir den links-grün überladenen Richtplan so weit zurechtstutzen, dass er für die bürgerlichen Parteien wie vorliegend gerade noch tragbar ist. Die Kompromissversion bewegt sich hart an der Grenze dessen, was für uns akzeptabel ist.*

Dass der Stadtrat an insgesamt 64 Anträgen festhält, grenzt an einen Affront gegenüber der Kommissionsarbeit und ist angesichts der Tatsache, dass einzelne dieser Anträge in der KPB einstimmig angenommen wurden, reine Zwängerei. Drei verlorene Referenden haben den Stadtrat offenbar nicht belehrt – man scheint auf ein viertes Debakel zuzusteuern.

Wofür haben wir uns in der Überarbeitung eingesetzt?

- *«Weniger ist mehr»: Die Selbstverwirklichung des Stadtrates in seiner Richtplan-Version war grotesk. Die stadträtliche Vorstellung des Richtplans war aufgeblasen, völlig überladen und hätte unkontrollierbare Folgekosten ausgelöst. Gemäss §31 PBG bräuchte es lediglich einen Verkehrsrichtplan. Der Stadtrat hat aber auch Themen aufgenommen, welche gemäss seiner eigenen Aussage nicht richtplanrelevant sind, wie zum Beispiel das preisgünstige Wohnen. Wir haben mit unseren Anträgen versucht, den Richtplan zu entschlacken und zu vereinfachen und diverse nicht relevante Themen rausgestrichen.*
- *«Wir müssen Verdichten»: Mit unseren Anträgen haben wir gezielt die Ausnützung einzelner Gebiete erhöht. Ob für Wohnen oder für das Arbeiten. Eine höhere Ausnützung führt zu mehr Wohn- bzw. Arbeitsfläche und dies ist das beste Mittel gegen zu wenig und zu teuren Wohnraum. Die öffentliche Hand allein kann die nötigen Entwicklungen niemals selber stemmen. Wer Wachstum will, braucht Investoren – private wie institutionelle. Diese dürfen wir nicht mit Überregulierung, Zwangsaufgaben oder gar Eingriffen in die Eigentumsrechte vertreiben. Wir setzen auf Anreize statt auf Verbote!*
- *«Keine Fläche verschenken»: Reservezonen in Landwirtschaftsland umzuwandeln ist kurzsichtig. Angesichts steigender Bevölkerung und knapper Wohn- und Arbeitsflächen dürfen wir keine Reservegebiete leichtfertig preisgeben. Viele Anträge zielen darauf ab, Reservezonen aufzuheben und für immer und ewig in Landwirtschaftsland umzuzonen. Wir wissen heute noch nicht, welche Flächen unsere nächste Generation braucht. Diese Entscheidung soll künftigen Generationen überlassen bleiben.*
- *«Faire Mobilität»: Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch der motorisierte Individualverkehr hat seine Berechtigung. Wir haben deshalb die Balance wiederhergestellt – im Interesse der arbeitstätigen Bevölkerung, die auf das Auto angewiesen ist, ebenso wie der Gewerbetreibenden und Industriebetriebe, die effiziente und hindernisfreie Logistikwege benötigen.*
- *«Funktionale Strassen»: Unser Strassennetz muss weiterhin funktional bleiben. Und zwar für alle Verkehrsteilnehmer. Die Bevölkerung und damit auch der Individualverkehr nimmt Jahr für Jahr zu und wir müssen unser Strassennetz auch in Zukunft weiterentwickeln können. Diverse Minderheitsanträge und auch Anträge des Stadtrates torpedieren diese Grundregel, welche für eine gesellschaftlich und wirtschaftlich funktionierende Stadt unabdingbar ist.*
- *«Attraktive Rahmenbedingungen fürs Gewerbe»: Wir wollen die Wirtschaft nicht durch Verbote und Auflagen aus der Stadt vertreiben. Wir wollen Unternehmen Planungssicherheit, eine funktionierende Infrastruktur und faire Bedingungen bieten, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.*
- *«Eine vernünftige Klimapolitik»: Wir brauchen Lösungen mit Augenmass, nicht ideologische Träumereien. Die von links-grün aufgezwungene Verbotspolitik ist nicht zielführend, sondern gescheitert, nur ist dies offenbar noch nicht beim Stadtrat und der linken Ratsseite angekommen. Mit pragmatischen und mehrheitsfähigen Anträgen haben wir erreicht, dass der Richtplan auch in diesem Bereich wieder auf den Boden der Realität zurückkehrt.*

Der nach wie vor links-grün gefärbte Richtplan liegt nun in der Verantwortung von uns. Wir Bürgerlichen haben unseren Beitrag geleistet, haben uns durchgerungen und Kompromisse akzeptiert. Die linke Ratsseite hat es daher heute in der Hand, ob sie diesen Kompromiss annimmt – oder ob sie mit ideologischer Starrköpfigkeit den Richtplan gefährdet.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei (Grüne)**: *Zur Vorgeschichte: Der aktuelle Richtplan der Stadt Uster stammt aus den 80er Jahren. Eigentlich erreicht ein solches Werk nach 20 bis 30 Jahren sein Ablaufdatum und muss aktualisiert werden. Wie konnte es in Uster zu einer Verzögerung von rund 20 Jahren kommen? Eine mögliche Antwort ist in den 10er Jahren zu finden – zu einem Zeitpunkt also, da es schon höchste Eisenbahn für einen neuen Richtplan gewesen wäre. Stattdessen jagte in dieser Zeit ein Gestaltungsplan den nächsten, von denen heute noch nicht alle umgesetzt sind.*

Dass es zuletzt nochmals zu einer Verzögerung von fast einem halben Jahr kam, liegt an der konstituierenden Sitzung vom Mai. Diese liess die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat ein bisschen näher zusammenrücken – und in gewissen Kreisen die Hoffnung keimen, dass dies etwas am heutigen Verdikt ändern könnte...

Nun zur Würdigung des Werks: Der ursprüngliche Vorschlag des Stadtrats kann durchaus als ausgewogen und vernünftig bezeichnet werden. Dennoch gab es dazu über 200 Anträge – eine schier unglaubliche Zahl.

Grundsätzlich hat die Kommission gute Arbeit geleistet: Sie hat Dutzende Anträge so abgeändert, dass Kompromisslösungen möglich wurden. Lösungen, denen sowohl die überwiegende Mehrheit der Kommission als auch der Stadtrat zustimmen konnte. Chapeau! Diese Knochenarbeit hat dazu beigetragen, dass insgesamt 75 Anträge zurückgezogen wurden. Wir Grünen sind bei etlichen Anträgen von SVP und FDP über unseren eigenen Schatten gesprungen.

Und trotzdem haftet der Kommissionsarbeit ein grosser Makel an: Die Mehrheitsverhältnisse in der KPB entsprechen halt nicht den Mehrheitsverhältnissen im Rat. Und so gilt es nun heute Abend, den Richtplan noch zu justieren, damit er unsere Stadt in den kommenden Jahren in die gewünschte nachhaltige Richtung führt. Ohne diese Justierung droht eine Weiterführung einer Politik aus den 80er Jahren: Damals wurde dem Auto alles untergeordnet und Biodiversität war noch ein Fremdwort.

Statt sich an der Vergangenheit zu orientieren, sollte der neue Richtplan in die Zukunft führen. Dafür muss er vier Kriterien erfüllen:

- 1. Unsere Stadt soll in den kommenden Jahren weiterwachsen können, allerdings soll das Tempo angemessen und nicht zu hoch sein. Dafür gilt es auch entsprechenden Raum für Arbeitsplätze zu sichern. Dies erreichen wir durch eine Verdichtung im Innern, beispielsweise mit Blockrandbebauungen, noch mehr Hochhäuser braucht es dafür allerdings nicht.*
- 2. Gleichzeitig gilt es unser kostbares Kulturland zu erhalten. Deshalb lehnen wir eine weitere Ausdehnung des Siedlungsgebiets ab – mit Ausnahme im Buchholz.*
- 3. In Uster braucht es weiterhin eine gute soziale Durchmischung. Wir Grünen wollen ein Uster für alle statt nur für Reiche und Privilegierte. Der Richtplan muss diesem Anliegen künftig Rechnung tragen und preisgünstiges Wohnen fördern.*
- 4. Wichtig ist auch eine ausgewogene Verkehrspolitik, die den Zufussgehenden und Velofahrenden genügend Platz und mehr Sicherheit gibt, sowie einen weiteren Ausbau des Öffentlichen Verkehrs ermöglicht.*

Erfüllt der Richtplan am Schluss dieser heutigen Monsterdebatte diese vier Kriterien, wird er zum gewünschten Fundament, um das Leben und Arbeiten in unserer Stadt attraktiver zu gestalten. Was dem neuen Richtplan fehlen wird: Er enthält zwar einige Massnahmen, wie sich unsere Stadt für die anstehenden Herausforderungen des Klimawandels wappnet. Doch diese werden nicht ausreichen. Unsere Stadt muss deutlich grüner und nachhaltiger werden. Diese Ziele werden wir Grünen in den kommenden Jahren mit politischen Vorstössen weiterverfolgen – egal welches Gesicht der Richtplan heute Abend von uns erhält.

Paul Stopper (BPU): *Nun haben wir es endlich geschafft: Nach mehr als 8 Jahren wurde an diesem Richtplan gewerkelt, gebastelt, in sog. «Echoräumen» ausdiskutiert, etc., etc.*

Es wurde über verschiedene Teilbereiche geredet und gefeilscht. Eines wurde nicht beachtet: Gemäss § 31 Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) kann lediglich auf den Verkehrsplan nicht verzichtet werden.

Auf alle anderen Bereiche wie Stadtklima, ISOS und Ortsbilder, Entwicklung Loren, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen kann gemäss PBG verzichtet werden:

D. Der kommunale Richtplan²⁷

§ 31.²⁷ ¹ Der kommunale Richtplan kann sich auf einzelne Teilrichtpläne beschränken. Über die zu ordnenden Sachbereiche entscheidet das zur Festsetzung zuständige Organ.

² Auf den Verkehrsplan mit den kommunalen Strassen für die Groberschliessung und den Wegen von kommunaler Bedeutung darf nicht verzichtet werden.

Verzichten kann man also genau auf jene Bereiche, zu welchen das meiste Papier produziert wurde. Deren Inhalte haben also lediglich proklamatorischen¹ Wert. Es sind also nicht mehr als nette Wünsche.

Die Zonierung muss nochmals dem Gemeinderat vorgelegt werden, nämlich bei der Revision des Zonenplanes. Dort geht es dann um die Wurst nämlich um die grundeigentümerverbindlichen Aspekte.

Weshalb haben wir uns also mehr als acht Jahre lang die Köpfe eingeschlagen? Mit wechselnden Personen in den Kommissionen und mit unzähligen Echoräumen? Man hätte wirklich besser den Zonenplan direkt revidiert. Damit hätte man viele epische Diskussionen abkürzen können.

Nun trotzdem noch etwas zu den Inhalten:

Im Plan Siedlung wird sowohl das «Brunnenwiesenstrassen- als auch das Neuwiesenstrassenquartier» als schutzwürdiges Ortsbild bezeichnet. Im Antrag der SVP/FDP 19a sollen jedoch genau diese Quartiere in die nächsthöhere Dichtestufe» einstuft werden. Antrag mit 9:0 Stimmen angenommen). Sollte dieser Antrag durchgehen, würde das zu ziemlich grossem Zoff führen. Die heimliche Aufzonung entspricht doch nicht dem Ortsbildschutz und noch weniger dem ISOS. Oder habe ich etwa etwas nicht richtig verstanden?

Über das Gebiet Eschenbühl ist im Stadt-Plan eine sogenannte «Kaltluftleitbahn» eingetragen. Da ist zukunftsfruchtig und nachhaltig.

Allerdings will der Stadtrat das grosse landwirtschaftliche Gebiet Eschenbühl trotzdem als «Strategische Landreserve für die langfristige Entwicklung» belassen, ohne näherer Zonenzweck.

Diese zwei Ziele gehen nicht zusammen.

Das Gebiet «Eschenbühl» wird in der «Landwirtschaftlichen Nutzungseignungskarte» des Kantons der Kategorie «uneingeschränkte Fruchtfolge, 1. Güte» zugeteilt, also die höchste Bewertung. Die Landwirtschaftszone ist somit die richtige Zone.

Zum Glück hat die Kommission mit 4:2 entschieden, das Gebiet Eschenbühl der Landwirtschaftszone zuzuteilen, d.h. auszuzonen. Hoffentlich bleibt es auch im Gemeinderat bei diesem wichtigen Entscheid. Die Landwirtschaft muss Rechtssicherheit über ihren Boden haben. Alles andere wäre «Wischwaschi» sondergleichen. Und könnte aus meiner Sicht zu einer Ablehnung des ganzen Planwerkes führen.

Verkehrsplan. Im Richtplan werden keine zukunftsbezogenen Aussagen zum öffentlichen Verkehr gemacht. Es bleibt alles beim Alten:

- *Keinerlei Anstrengungen des Stadtrats, um im Zuge des Doppelspurausbaues der SBB-Linie Uster – Aathal eine neue S-Bahn-Haltestelle «Oberuster» einzurichten. Im Richtplan müsste Raum für die Perronanlagen freigehalten und das Fuss- und Radwegnetz müsste auf die Haltestelle angepasst werden. Im RP ist nicht einmal eine Personenüberführung im Bereich Talweg aufgeführt (auch die Kommission lehnt diese ÜfÜ mit 2:6 Stimmen ab). Grosses Armutszeugnis gegenüber den Schülern des SH Oberuster, die nördlich der Bahn wohnen.*

¹ Eine **Proklamation** (von lateinisch *proclamare*, „laut ausrufen, schreien“; aus *pro*, „vor, für“, und *clamare*, „rufen“; und von französisch *proclamation*, „Ausrufung, Verkündigung“) ist ein öffentlicher Aufruf, eine Bekanntmachung oder eine öffentlich Erklärung, historisch durch eine Proklamator vollzogen.

- *Busliniennetz ist wie im Jahre 1990 (Einführung der Zürcher S-Bahn), ausser der Luftlinie 818 und einer möglichen Buslinie in der Seestrasse Apothekerstrasse – «im Wil», aber ohne Haltestelle. Bus-Haltestelle in der Poststrasse ist heimlich gekillt worden, ohne Ersatz und ohne nachvollziehbare Begründung.*
- *Kein Anschluss der Aussenwachen an das Busnetz (nach den Beteuerungen des Stadtrats, Nänikon und Werrikon müssten bei Uster bleiben, wäre deren Anschluss ans Busnetz mindestens ein paar Worte wert. Nichts, lediglich nichts. Uster steigt um. Wohin?*

Da nützt auch ein ca. 7 Minuten-Takt nichts, wie das in einem Kommissionsantrag gefordert wird. Zuerst sollen die alten Begehren erfüllt werden, bevor Forderungen nach einem. 7-Minuten-Takt gestellt werden.

Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen: Ganz erbärmlich ist der 655-seitige Bericht: 97 % der Vorschläge wurden nicht berücksichtigt. Mit vielen Worten wurde alles abgeklemmt. Das ist keine öffentliche Planung, sondern eine Alibi-Übung ersten Grades.

Noch etwas Lustiges: Ganz originell finde ich den geplant «Alltagsfussweg» entlang der Moosackerstrasse sowie an der Blindenholzstrasse von Nossikon zur der Wührestrasse (bestehend, wo?) und weiter nach Riedikon und über den Kreisel und zur Seefeldstrasse!

Diese Planung kann mich jetzt nicht sehr glücklich stimmen.

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, nimmt Stellung: *Wir stehen heute vor einer speziellen Debatte, eine die es in diesem Ratssaal schon lange nicht mehr gegeben hat: Der aktuelle kommunale Richtplan der Stadt Uster stammt aus dem Jahr 1986, ist also bald 40jährig. Das bedeutet, dass dieses Geschäft für 7 von 7 Stadtratsmitglieder und für 35 von 36 Gemeinderatsmitglieder eine Premiere ist. Sie alle haben noch nie einen kommunalen Richtplan beraten. Die meisten von uns, machen also heute eine neue Erfahrung.*

Dass es sich bei diesem Geschäft, um ein spezielles Geschäft handelt, zeigt sich auch an der langen Bearbeitungszeit. Der Stadtrat hat die Überarbeitung im Jahr 2019 nach der Festsetzung des Stadtentwicklungskonzeptes in Auftrag gegeben. Die Arbeit dauerte viereinhalb Jahre. Und auch die vorberatende Kommission brauchte dann nochmals mehr als ein Jahr, um zum Beratungsabschluss zu kommen. Total 13 Sitzungen, davon 6 Ganztages-Samstagssitzungen wurden investiert. Es war also auf allen Seiten – Gemeinderat, Stadtrat und Verwaltung – viel Sitzleder und Stehkraft gefragt. Hoffen wir, dass es sich gelohnt hat und wir zu einem Resultat kommen, das breit getragen werden kann.

Diese lange Bearbeitungs- und Beratungszeit reflektiert aber halt auch, wie grundlegend die vorliegende Weisung für unsere Stadt ist. Sie gibt im Bereich Stadtentwicklung die grundlegenden Stossrichtungen vor. Und sie legt den Grundstein für die Revision der Nutzungsplanung, der Bau- und Zonenordnung, dem nächsten Schritt im Projekt «Stadtraum Uster 2035».

Es ist deshalb auch klar, dass ein solch grundlegendes Werk politisch umstritten ist. Der Stadtrat hat – und hier möchte ich einzelnen Voten der Fraktionssprechenden doch klar entgegengetreten – dem Parlament einen ausgewogenen Entwurf vorgelegt. Das zeigt sich ja auch an den Anträgen, die heute noch zur Debatte stehen: Es gibt Anträge von links und es gibt Anträge von rechts. Man ist also links wie rechts nicht zufrieden, was zeigt, dass die Position des Stadtrates die goldene Mitte darstellt. Deshalb – und weil ich nachher in der Detailberatung nicht mehr zu allen Anträgen sprechen werde – empfiehlt Ihnen der Stadtrat, dort, wo es Differenzen zwischen Stadtrat und KPB gibt, der Position des Stadtrates zu folgen.

Sie haben es einleitend vom Ratspräsidenten gehört: Total hat die KPB 147 Änderungen vorgenommen, bei 78 von ihnen hat sich der Stadtrat diesen anschliessen können. Dabei handelt es sich in vielen Fällen um sprachliche Änderungen oder Präzisierungen ohne inhaltliche Folgen, um Ergänzungen, die zwar aus Sicht des Stadtrates nicht nötig wären, wie zum Beispiel Ergänzungen, dass diese oder jene Massnahme «verhältnismässig» sein müsse, denn staatliches Handeln, das ergibt sich bereits z.B. aus der Kantonsverfassung, muss per se immer verhältnismässig sein.

Der Stadtrat hat sich auch dort den Anträgen der KPB angeschlossen, wo sich in der Kommission links und rechts auf Kompromisse einigen konnte. Hier ist insbesondere das Kapitel Stadtklima im Teilrichtplan Siedlung zu nennen, wo sich die KPB-Mitglieder nach anfänglich hitzigen Diskussionen und die Palette der Anträge von noch verschärfteren Formulierungen bis hin zu einer kompletten Streichung des ganzen Kapitels gereicht haben, am Ende auf eine gemeinsame Formulierung einigen konnten. Solche Kompromisse sind natürlich auch im Sinne des Stadtrates.

Nun gilt es also noch die Differenzen auszumachen. Diese finden sich schwergewichtig in den Teilrichtplänen Siedlung und Mobilität. Hier hat die Kommission – angesichts knapper Mehrheitsverhältnisse oft mit Stichentscheid des Präsidenten – nach Meinung des Stadtrates das Rad der Zeit teilweise etwas gar stark zurückgedreht. Hier bittet der Stadtrat den Gesamtrat korrigierend einzugreifen und wieder auf den Antrag des Stadtrat zurückzugehen.

Damit komme ich zum Schluss: Ich bin sehr gespannt auf die nun folgende Debatte und die Entscheide, die der Gemeinderat im Verlaufe des heutigen Abends fällen wird und wünsche Ihnen weise Entscheide.

Uster braucht einen Richtplan, der fürs 21. Jahrhundert taugt und Antworten für die Herausforderungen der heutigen Zeit bietet. Und Uster braucht einen zeitgemässen Richtplan, als Basis für die Revision der Nutzungsplanung. Insofern hoffe ich, dass am Ende der Ratsdebatte ein Richtplan resultiert, bei dem die mittlere Unzufriedenheit in etwa gleichmässig verteilt ist – das wäre das Zeichen für einen guten Kompromiss.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen des Stadtrates Zustimmung zur Weisung 71/2024.

Präsident Ali Özcan (SP): Eintreten wurde nicht bestritten, womit der Rat auf die Vorlage eingetreten ist. (Art. 63 OrgErl GR).

B. Detailberatung

Präsident Ali Özcan (SP): Bei der Detailberatung einer Vorlage kann auf die Abstimmung verzichtet werden, wenn ein Antrag unbestritten ist und kein Gegenantrag erfolgt. Der Antrag gilt als Beschluss (Art. 74 Abs. 6 OrgErl GR).

Alle Kommissionsanträge, denen der Stadtrat am 18. März 2025 zugestimmt hat (siehe jeweils die rot eingefärbte Bemerkung «KPB 18.3.2025 Stadtrat stimmt KPB-Antrag zu»), gelten bereits als genehmigt und werden nicht mehr beraten. Sie sind damit einverstanden?

Das ist der Fall.

Über die Anträge der KPB, bei denen Stadtrat an seinem ursprünglichen Antrag festhält, findet immer eine Abstimmung statt. Das gilt auch für die Minderheitsanträge der KPB.

Themenübersicht:

Allgemeines

1. Siedlung

- 1.1. Stadtklima
- 1.2. ISOS und Ortsbilder
- 1.3. Entwicklung Loren
- 1.4. Auszonen
- 1.5. Angestrebte bauliche Dichte
- 1.6. Reservezonen
- 1.7. Arbeitsplatzgebiete
- 1.8. Preisgünstiges Wohnen
- 1.9. Hochhäuser
- 1.10. Bauen im Stadtpark
- 1.11. Zentrumsgebiete
- 1.12. Siedlungsrand
- 1.13. Diverses

2. Landschaft

- 2.1. Wald
- 2.2. Masterplan Aabach
- 2.3. Neue Erholungsgebiete
- 2.4. Streichung Erholungsgebiete

- 2.5. Heussr-Staub-Wiese
- 2.6. Aktive Bodenpolitik
- 2.7. Biodiversität
- 2.8. Stadtklima
- 2.9. Diverses

3. Öffentliche Bauten und Anlagen

- 3.1. Aktive Bodenpolitik
- 3.2. Bildung
- 3.3. Kulturliegenschaften und –massnahmen
- 3.4. Stadtbibliothek und Ludothek
- 3.5. Untere Farb
- 3.6. Landihalle
- 3.7. Stadthofsaal
- 3.8. Sportanlage Buchholz
- 3.9. Heusser-Staub-Wiese
- 3.10. Diverses

4. Mobilität

- 4.1. Wachstumsziel MIV / Strassennetz
- 4.2. Funktion Sammelstrassen
- 4.3. Gleichbehandlung MIV
- 4.4. Tempo 30
- 4.5. Urbane Gestaltung / Strassenräume
- 4.6. Moosackerstrasse / Zentralstrasse
- 4.7. Wermatswilerstrasse
- 4.8. Koexistenzzonen
- 4.9. Parkieren
- 4.10. Unter-/Überführungen
- 4.11. Fusswegnetz
- 4.12. Veloverkehr allgemein
- 4.13. Velo-Komfortrouden
- 4.14. Ergänzungen / Änderungen Velonetz
- 4.15. Öffentlicher Verkehr
- 4.16. Diverses

Beilagen zum Protokoll

- Protokoll_GR_20250901_allgemein
- Protokoll_GR_20250991_Siedlung
- Protokoll_GR_20250901_Siedlung_Beilage_Antrag 26a
- Protokoll_GR_20250901_Landschaft
- Protokoll_GR_20250901_OEBA
- Protokoll_GR_20250901_Antrag_800_Zoller_Heusser-Staub-Wiese
- Protokoll_GR_20250901_Antrag_800_Zoller_Heusser-Staub-Wiese_BEILAGE
- Protokoll_GR_20250901_Antrag_900_Vlk_Apothekerstrasse

Das Geschäft wird vertagt.

4 Kenntnisnahmen

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 19. Mai 2025 sind beim Bezirksrat Uster bis 9. Juli 2025 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 7. Juli 2025 sind beim Bezirksrat Uster bis 22. August 2025 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Referendumsfristablauf

Die Frist für das Referendum über die Weisungen 93/2025 und 94/2025 des Stadtrates (GRB 19.5.2025) ist am 28. Juli 2025 unbenutzt abgelaufen.

Anfragen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 624/2025 von Paul Stopper (BPU) vom 8. Juli 2025: Bushof Uster-SBB, Bankstrasse, Projekt «Attraktives Stadtzentrum Webern-/Gerichtsstrasse»; eine unendliche Geschichte
- 625/2025 von Urs Lüscher (EVP) vom 30. Juli 2025: Angaben zur verstärkten Kontrolle von Nutzerinnen und Nutzern von E-Fahrzeugen
- 626/2025 von Peter Mathis-Jäggi vom 18. August 2025: Bäume
- 627/2025 von Peter Mathis-Jäggi vom 18. August 2025: Kreuzstrasse

Folgende Anfrage ist beantwortet worden.

- 617/2025 von Andres Ott (SVP) vom 7. Mai 2025: «Sind die städtischen Solaranlagen wirtschaftlich?» (Stadtratsbeschluss vom 8. Juli 2025)

Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 15. August 2025: Stadtarchiv, Einladung zum Festakt «1250 Jahre Uster – Geschichte erleben mit Film und Vortrag» auf Samstag, 6. September 2025, 10 Uhr im Kino qtopia, Uster
- 29. August 2025: Stadt Uster, Sprint-Staffel am OL-Weltcup-Final: Einladung zum VIP-Empfang auf Samstag, 27. September 2025

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 22. September 2025, 18 Uhr statt (Weisung 90/2025 und Fortsetzung von Weisung 71/2024).

Für das Protokoll
3.9.2025

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt
8.9.2025

Der Präsident
Ali Özcan

Veröffentlicht: 12.9.2025